

Europa 2027

WARUM DIE INNERE VEREINIGUNG UNSERES KONTINENTS
GERADE ERST BEGONNEN HAT
VON **MATTHIAS PLATZECK**

Welche Vorstellung haben wir von dem Europa, in dem wir im Jahr 2027 leben wollen? Wie soll es aussehen? Was müssen wir tun, um diese Vorstellung zu verwirklichen? Und welche Hindernisse müssen wir dafür überwinden?

Klar ist zunächst: Ein Europa, in dem wir auf wechselseitige Kompromisslosigkeit und diplomatische Scharmützel setzten, würde das Jahr 2027 in keinem guten Zustand erleben. Wer will, dass Europa die gemeinsamen großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte erfolgreich bewältigt, der braucht die Fähigkeit zum Ausgleich, die Bereitschaft zu besseren gemeinsamen Ergebnissen – zu Ergebnissen, die eben *dadurch* besser sind, dass wir sie einvernehmlich und mit dem Blick nach vorn erzielen.

Es darf schlicht nicht sein, dass sich in Europa diejenigen durchsetzen, die mit besonderer Härte und Kompromisslosigkeit, manchmal sogar Rücksichtslosigkeit, nur für ihre eng verstandenen Eigeninteressen kämpfen. Europa gedeiht nicht, wenn wir es als Nullsummenspiel begreifen, bei dem der eine verliert, was der andere gewinnt. Vielmehr funktioniert Europa, genau umgekehrt, als Zugewinngemeinschaft: Wir gewinnen gemeinsam – oder jeder für sich verliert.

Eine einzige große Erfolgsgeschichte

Manchmal muss man einen Schritt zurücktreten, um das Offensichtliche zu erkennen. Die europäische Vereinigung der vergangenen Jahrzehnte ist eine einzige große Erfolgsgeschichte. Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges existierten in Europa noch ganze vier freie und demokratische Länder. Das waren Großbritannien, die Schweiz, Schweden und Irland. Und selbst die Freiheit dieser Staaten hing bekanntermaßen am seidenen Faden. Sogar vor zwanzig Jahren noch war Europa geteilt, zu großen Teilen weiterhin unfrei und undemokratisch. Heute ist Europa bis auf ganz wenige verbliebene Ausnahmen ein Kontinent der Freiheit und der Demokratie. Niemals zuvor in der Geschichte herrschte auf unserem Kontinent so viel europäische

Einheit in Freiheit. Der Historiker Timothy Garton Ash hat vollkommen Recht mit seiner Frage: „Wenn man darauf nicht stolz sein darf, worauf denn sonst?“

Wir sollten tatsächlich darauf stolz sein. Aber gerade darum dürfen wir diesen unglaublichen Erfolg nicht einen Tag lang als Ruhebetten begreifen, auf dem sich Europa ausruhen könnte. Unser Kontinent steht heute vor enormen Herausforderungen. Diese Herausforderungen müssen wir bewältigen, wenn Europa auch noch im Jahr 2027 und darüber hinaus erfolgreich sein soll. Europa wird ihnen aber nur dann gewachsen sein, wenn wir sie wirklich *gemeinsam* angehen.

Keine Vereinigung ohne Verständigung

Die Bedingungen dafür sind nicht einfacher geworden. Die Europäische Union ist heute nicht mehr eine Gemeinschaft von sechs Staaten, die unter Führung entschlossener Staatsmänner wie Schuman, Monnet oder Adenauer ein für allemal den Schrecken der Kriege des 20. Jahrhunderts hinter sich lassen wollten. Die EU ist auch keine mehr oder weniger homogene Gemeinschaft von neun, zwölf oder fünfzehn wohlhabenden westeuropäischen Gesellschaften mehr. Schon heute hat die Union 27 Mitglieder, darunter zehn, die früher kommunistisch regiert wurden.

Meine eigene Heimat Brandenburg liegt im Herzen Europas. Sie befand sich aber in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht auf der begünstigten Seite des Eisernen Vorhangs. Die ersten 35 Jahre meines Lebens habe ich als Bürger einer staatssozialistischen Diktatur erlebt. Ich weiß also aus eigenem Erleben ganz gut, wie vollkommen unterschiedlich die Lebensgeschichten sind, die Bürger verschiedener Staaten der EU einander heute erzählen können.

Das ist ein beispielloser Umbruch – ein Umbruch, den die Europäische Union erst einmal verdauen und verarbeiten muss. Wir haben es heute tatsächlich mit einer *neuen* EU zu tun, und der Prozess der *inneren* Vereinigung der erweiterten Union ist noch längst nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Mit dem formellen Beitritt der neuen Mitgliedsländer hat dieser Prozess der inneren Vereinigung überhaupt erst begonnen. Gerade wenn wir wollen, dass die EU gemeinsam vorankommt, dann müssen wir offen darüber sprechen, wie radikal unterschiedlich die Europäer heute auf Europa blicken.

Die innere Vereinigung Europas setzt die innere Verständigung über Europa voraus. Diese innere Verständigung über Europa müssen wir darum massiv intensivieren. Warum ist das so wichtig?

Im Westen der EU fürchten heute viele, dass alte Sicherheiten nicht mehr gelten. Nicht wenige haben *Angst* – Angst vor dem Verlust vertrauter Sicherheiten,

vor dem Verlust des vertrauten Gesellschaftsmodells, wie sie es aus den vergangenen Jahrzehnten kennen. Auf der anderen Seite stehen die Menschen im neuen Osten der Union mit ihren *Hoffnungen* – und mit der Erwartung, selbst so bald wie möglich teilhaben zu können am Wohlstand, den das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell im Westen unseres Kontinents geschaffen hat.

Beides hängt eng miteinander zusammen. Denn oft genug sind es gerade die Hoffnungen der Menschen im Osten der neuen EU – Hoffnungen auf Jobs, auf Wohlstand, auf ein besseres Leben –, die in den westlichen Mitgliedsstaaten der Union Ängste auslösen. Bekanntlich war es nicht zuletzt der angeblich allgegenwärtige „polnische Klempner“, der vor zwei Jahren das französische Verfassungsreferendum entschied.

Hinzu kommen sehr unterschiedliche *historische* Erfahrungen. Auch in dieser Hinsicht wird Europa in den verschiedenen Mitgliedsländern, im Osten und im Westen, aus ganz verschiedenen Perspektiven wahrgenommen. Die neuen Mitgliedsländer sind eben nicht schon seit Jahrzehnten Teil der Europäischen Union. Die europäische Gründungseuphorie, die dynamischen Aufbaujahre, die dreißig „goldenen Jahre“ mit scheinbar selbstverständlichem Wachstum und Wohlstand – alle diese Erfahrungen teilen die neuen Mitglieder nicht.

In den alten Mitgliedsländern wiederum weiß man oft nur wenig über die neuen. Hier besteht durchaus die Vorstellung, mit dem Beitritt der neuen Mitglieder wären die jeweiligen Vorgeschichten, die historischen Prägungen und Erinnerungen in den einzelnen Ländern nicht mehr von Bedeutung. Aber diese Vorstellung ist falsch. Wenn Europäer aus verschiedenen Teilen unseres Kontinents heute über Geschichte und Erinnerung sprechen, dann meinen sie oft völlig unterschiedliche Dinge.

Mit den Augen des Anderen sehen

Gerade in der jüngsten Zeit haben wir die bleibende Macht der Geschichte wieder erlebt: etwa in den Auseinandersetzungen zwischen Russland und den baltischen Staaten; oder in den Auseinandersetzungen innerhalb der polnischen oder der rumänischen Gesellschaft um den richtigen Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit. Ebenfalls um Geschichte geht es immer wieder in den innenpolitischen Kontroversen Ungarns – mindestens zurück bis zum Vertrag von Trianon aus dem Jahr 1920. Auch die jüngsten Schwierigkeiten im deutsch-polnischen Verhältnis lassen sich überhaupt nur vor dem Hintergrund der schwierigen Beziehungsgeschichte dieser beiden Nationen begreifen.

In der neuen, größeren EU müssen alle Beteiligten noch viel besser lernen, die verschiedenen Ansichten über die Vergangenheit zu verstehen. In Brüssel oder Berlin muss man wissen, was Trianon für Ungarn bedeutet; in Warschau oder Budapest sollte man verstehen, wie mächtig das Motiv der deutsch-französischen Aussöhnung für die Gründungsgeschichte der Europäischen Gemeinschaft gewesen ist. Von der Fähigkeit, Vergangenheit immer *auch* mit den Augen des Anderen zu sehen, hängt viel ab für Europas Zukunft. Die Verständigung über unsere jeweiligen Wahrnehmungen europäischer Geschichte ist aber nicht Selbstzweck, sondern ganz praktische Notwendigkeit. Wir müssen uns über unsere unterschiedlichen Sichtweisen kontinuierlich austauschen, weil Europa sonst heftig ins Stolpern geraten wird, wenn wir in Zukunft Konflikte innerhalb und außerhalb der Union zu bewältigen haben. Und das wäre ein historischer Fehler.

Es gibt viele Aufgaben und Fragen, über die wir die innereuropäische Verständigung massiv intensivieren müssen. Nur dann werden wir die Zielmarke 2027 gut erhalten erreichen. Nur drei dieser Themen seien hier kurz angerissen: die Zukunft des „sozialen Europa“; Europas Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn; und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen:

1 DAS „SOZIALE EUROPA“. Oft wird heute gefragt: „Kann sich Europa sein besonderes Wirtschafts- und Sozialmodell noch leisten?“ Ich bin fest überzeugt: Wir müssen diese Frage vom Kopf auf die Füße stellen. Unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts müssen wir genau umgekehrt fragen: „Kann es sich Europa leisten, auf sein besonderes Wirtschafts- und Sozialmodell zu *verzichten*?“

Ich bin sicher, wir können das nicht. Die Bedingungen des 21. Jahrhunderts heißen: Wissensintensive Wirtschaft, globaler Wettbewerb und demografischer Umbruch. Und gerade deshalb kann es sich Europa heute gerade *nicht* leisten, sein Wirtschafts- und Sozialmodell aufzugeben. Das Leitbild eines *sozialen* und *gerade deshalb* auch wirtschaftlich dynamischen Europa ist heute aktueller denn je.

Von fundamentaler Bedeutung wird dabei allerdings sein, ob wir Europäer imstande sind, dieses Erfolgsmodell zeitgemäß zu erneuern. Denn ohne energische Erneuerung geht es nicht. Wo heute vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell gesprochen wird, da geht es in den *west*-europäischen Gesellschaften oftmals in viel zu defensiver Weise darum, an früheren Errungenschaften festzuhalten.

Das ist eine Angst, die wir ernst nehmen müssen. Aber Angst lähmt. Darum ist sie immer ein schlechter Berater. Wo Angst herrscht, da werden keine neuen Wege eingeschlagen. Da fehlt der Mut, die eigenen Ziele unter veränderten Bedingungen vielleicht besser und erfolgreicher zu erreichen. Nicht jeder, der sich soziale Ab-

sichten auf die Fahnen schreibt, erreicht auch im Ergebnis soziale Ergebnisse. Notwendig ist in der modernen Wissensgesellschaft nicht irgendeine beliebige Form von Sozialstaatlichkeit. Notwendig sind heute tatkräftige Sozialstaaten, die Menschen aktivieren und stärken, die Bürgerinnen und Bürger ermutigen und befähigen, ihr Leben aus eigener Kraft zu gestalten. Notwendig sind vorsorgende Sozialstaaten, die von Anfang an in die Potenziale Menschen investieren – in ihr Wissen und Können, in ihre Bildung, in Forschung und Entwicklung. Notwendig sind Sozialstaaten, die den Menschen verlässliche Brücken bauen – Brücken mit Geländer, über die sie ohne Furcht gehen können. Wer heute Arbeit und Wohlstand für alle will, der muss zu allererst den Zugang zu Bildung und Wissen weit öffnen: für alle, von Anfang an und immer wieder neu im Lebensverlauf. Nur wenn wir diesen Weg einschlagen, werden sich die Europäer und Europa insgesamt in der Welt behaupten.

Den modernen Sozialstaat, der in die Menschen investiert, brauchen wir überall in Europa. Er ist gerade kein teurer Ballast für unsere Gesellschaften, sondern wird entscheidend zur Dynamik und Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents beitragen. Manche europäischen Länder – vor allem hoch im Norden – weisen hierbei schon heute beträchtliche Erfolge auf. Andere hinken noch hinterher. Der Umbau vom alten, überwiegend nachsorgenden zum modernen, vor allem vorsorgenden Sozialstaat fällt schwer. Aber dieser Umbau ist unumgänglich. Alle Mitglieder der EU werden hier noch viel harte Arbeit bewältigen müssen, wenn Europa im 21. Jahrhundert gleichzeitig eine *wirtschaftliche* und eine *soziale* Macht in der Welt sein soll. Die Herausforderung ist riesig. Deshalb werden wir die öffentliche Verständigung und den ganz praktischen Austausch über die Zukunft von Wirtschaft und Sozialstaat in Europa beträchtlich intensivieren müssen.

2 EUROPA UND SEINE ÖSTLICHEN NACHBARN. Auch hier führen unterschiedliche historische Erfahrungen zu unterschiedlichen Bewertungen; auch hier brauchen wir noch viel mehr innereuropäische Debatten über den richtigen Weg in die Zukunft. Deutlich mehr Verständigung und Austausch brauchen wir über das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland. Nicht nur energiepolitisch sind beide Seiten aufeinander angewiesen. Darum halten wir in Deutschland das Konzept einer „strategischen Partnerschaft“ der EU mit Russland für richtig. Aber wir müssen konstatieren: Dieses Konzept wird in Europa ausgesprochen kontrovers diskutiert. Anderswo ist man skeptischer als in Deutschland. In Polen etwa betrachtet man die Dinge vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher historischer Erfahrungen deutlich anders.

Auch diese Diskussionen müssen wir Europäer miteinander führen – geduldig, aber lösungsorientiert. Denn eines würde Europa auf Dauer tatsächlich nicht gut bekommen: dass verschiedene Gruppen von Mitgliedern der EU gegenüber Russland unterschiedliche Strategien und Politiken verfolgen und deshalb gegeneinander ausgespielt werden können. Darum braucht die EU deutlich mehr innere Verständigung, um zu *einer* gemeinsamen Strategie und Politik gegenüber Russland zu gelangen. Dass hierbei nicht wenig von der zukünftigen Politik Russlands selbst abhängt, versteht sich von selbst.

3. EUROPA UND AMERIKA. Ebenfalls noch längst nicht hinreichend geklärt ist, wie es im 21. Jahrhundert mit unserem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten weitergehen wird. Der Konflikt um den verhängnisvollen Krieg im Irak hat Europäer und Amerikaner massiv entzweit. Er hat aber auch Europäer gegen Europäer in Stellung gebracht – und Amerikaner gegen Amerikaner. Das alles ist äußerst beklagenswert, denn ihre großen internationalen Erfolge der Nachkriegszeit haben Europa und die Vereinigten Staaten regelmäßig gemeinsam erreicht: die Schaffung der UNO, den Marshall-Plan, die Gründung der Nato und vieles mehr.

Heute haben wir es mit anderen globalen Herausforderungen zu tun: mit dem Aufstieg von China und Indien; mit den Gefahren von Terrorismus und der Verbreitung von Nuklearwaffen; mit Kriegen und Genoziden; mit chronischem Unfrieden im Nahen Osten und Massenmigration; mit der tiefen Krise Afrikas und, alles andere überschattend, mit einer Erderwärmung, die eines Tages die Existenz der Menschheit schlechthin in Frage stellen könnte. *Ob* wir diese Herausforderungen bewältigen können, wenn Europa und Amerika an einem Strang ziehen, wissen wir nicht. Sicher ist aber, dass wir an diesen Aufgaben auf jeden Fall scheitern werden, sollten Europa und Amerika auf Dauer *nicht* kooperieren. Unsere Werte sind nicht identisch, aber sehr eng verwandt, unsere langfristigen Interessen mindestens vereinbar. Wirtschaftlich hängen Europäer und Amerikaner stärker voneinander ab denn je. Darum sollten wir im transatlantischen Verhältnis einen ernst gemeinten neuen Anlauf nehmen – spätestens nach der Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr, am besten möglichst schon deutlich davor.

Gegen Ende des Jahres 2007 machen uns die beunruhigende Situation im Kosovo und ihre möglichen regionalen Auswirkungen aufs Neue klar: Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa verstehen sich auch im 21. Jahrhundert keineswegs von selbst. Sie müssen immer wieder erarbeitet und bewahrt werden. Am Anfang der Vereinigung Europas stand das Ziel, den erneuten Ausbruch von Kriegen auf unserem Kontinent ein für alle Mal zu verhindern. Auch daran gemessen ist die Euro-

päische Union ein historischer Erfolg ohne Beispiel. Frieden und Freiheit, Wohlstand und sozialer Ausgleich: Diese Errungenschaften müssen wir um jeden Preis bewahren. Gelingen wird uns das aber gerade nicht, wenn wir ängstlich am bereits Bestehenden und einmal Erreichten festhalten. Bewahrung bedeutet nicht Stillstand. Bewahren werden wir Europa, indem wir es dynamisch weiterentwickeln. Tun wir das, können wir bis 2027 gemeinsam viel erreichen. ■

Der Text basiert auf einer Rede, die Matthias Platzeck am 23. November 2007 anlässlich der 17. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums zum Thema „Europa 2027“ in Budapest gehalten hat.

MATTHIAS PLATZECK

ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg
und Landesvorsitzender der SPD.